

Autor: Holger Gohla
Gesprächspartner: Kerstin Griese, Kirchenbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland/EKD
Redaktion: SWR Studio Berlin
Birgit Wentzien
Sendung: Samstag, 21.1.2012, 18.30 – 18.40 Uhr, SWR2

2 SWR2 Interview der Woche vom 21.1.2012

SWR: Die Euro- und Finanzkrise stellte 2011 ein anderes europäisches Thema in den Schatten, das „Freiwilligenjahr“ der EU. Es sollte zeigen, dass menschliches Engagement unglaublich viel bewegen kann. Doch Peter Neher, Präsident des katholischen Caritasverbandes, zieht seine eigene Bilanz: Er warnte vor dem Jahreswechsel die Politik, Ehrenamtliche in Zeiten knapper Sozialstaatskassen als Lückenbüsser zu missbrauchen. Kerstin Griese, kirchenpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied der Synode der evangelischen Kirche in Deutschland, hat der Sozialfunktionär recht?

K. G.: Es ist sicherlich immer eine Gefahr, dass da, wo Menschen sich freiwillig und ehrenamtlich engagieren, Stellen dafür abgebaut werden. Und deshalb ist die Warnung richtig. Ich kenne aber viele Bereiche, in denen sehr gutes und sehr wichtiges ehrenamtliches Engagement stattfindet, das nicht Stellen ersetzt. Aber ich glaube, die Gefahr besteht und man muss darauf immer wieder achten.

SWR: Wird nicht doch angesichts der aktuellen Finanz- und Schuldenkrise in Europa und der knappen Kassen, die damit verbunden sind, bürgerschaftliches Engagement doch immer mehr zu einer Ausfall-Bürgerschaft für staatliche Sozialleistungen? Schon jetzt lässt sich in vielen Bereichen doch feststellen, etwa in der Pflege, dass der Staat den „freiwilligen Schultern“ immer mehr Lasten aufbürdet.

K. G.: Man muss da sehr aufpassen. Also, die Europäische Union formuliert gerne mal in ihren Papieren, dass das bürgerschaftliche Engagement Human- und Sozialkapital ist. Und da horche ich immer auf, denn es geht tatsächlich nicht um Kapital, sondern es geht darum, dass Menschen es sind, die Europa zusammenhalten. Es geht darum, dass Europa nicht nur der Binnenmarkt ist. Europa ist nicht nur die Finanzkrise, sondern Europa ist eben auch ein soziales Europa, das Europa der Bürgerinnen und Bürger. Und darauf muss man immer wieder achten.

SWR: Die Zahlen sind ganz beachtlich: 94 Millionen Menschen oder 23 Prozent aller Europäerinnen und Europäer über 15 Jahre alt engagieren sich freiwillig. Das heißt, sie nehmen dennoch Lücken wahr, die dann doch Aufgabe der einzelnen Staaten oder auch der gesamten Europäischen Union wären.

K.G.: Es ist ja die Frage: Sind es Lücken oder ist es eine zusätzliche Qualität, die durch das ehrenamtliche, das freiwillige Engagement hinzukommt? Ich glaube, wenn man das gut und richtig macht, wenn man also einen hauptamtlichen Apparat für die feste Struktur hat und dann ehrenamtliches, freiwilliges Engagement hinzunimmt, fördert und unterstützt, hat das eine ganz andere Qualität. Es hat eine andere Qualität, wenn jemand sich Zeit nehmen kann, im Krankenhaus, im Pflegeheim, in Ruhe vorzulesen. Es hat eine andere Qualität, wenn junge Freiwillige mit Behinderten richtig viel Zeit verbringen können. Mit ihnen auch mal lachen und spielen können und nicht nur das, was betreuungsmäßig vorgeschrieben ist, machen können. Diese besondere Qualität, die das freiwillige Engagement hat, die müssen wir unterstützen und fördern und die dürfen wir nicht ausnutzen und als Lückenbüsser einsetzen.

SWR: Worin besteht denn diese Qualität? Das eine ist, dass es soziale Kontakte gibt, dass Menschen im Krankenhaus, beispielsweise die „Grünen Damen“ nicht alleine sind. Großmütter, Großeltern lesen in Grundschulen vor. Reicht das schon aus, um diese Qualität zu beschreiben?

K.-G.: Ich glaube, die Qualität besteht im menschlichen Miteinander, besteht darin, dass sich Menschen für Menschen engagieren. Und das hat immer zwei Seiten. Es ist eigentlich eine win-win Situation. Es hat etwas Positives für die Menschen, die betreut werden, um die man sich kümmert. Und es hat aber auch etwas Positives für die Menschen, die das machen. Viele beschreiben das als eine große Bereicherung ihres Lebens. Ich habe selber viele Jahre mich ehrenamtlich engagiert. Man lernt dadurch, man wird dadurch reicher, man wird fröhlicher oft. Man erfährt viele neue Dinge. Man lernt Menschen kennen. Also insofern ist das auch eine gewinnende Situation für diejenigen, die sich freiwillig engagieren.

SWR: Was hat Ihrer Meinung nach dieses EU-Aktionsjahr zum Ehrenamt gebracht, außer dass es ein paar schöne Kongresse gab und die eine oder andere anrührende Geschichte von Menschen, die sich sozial engagieren?

K.G.: Sie sagen das so ironisch. Ich glaube, dass jede einzelne Geschichte, wo sich Menschen engagieren, wertvoll und gut und wichtig ist. Aber dieses Europäische Jahr 2011, was ja in Deutschland unter dem Titel „Freiwillig etwas bewegen“ stattgefunden hat, ist, glaube ich, zum einen eine große Chance gewesen, weil es von sehr vielen Menschen in der Zivilgesellschaft genutzt worden ist. Und ich bin sehr dankbar und bedanke mich auch ausdrücklich bei all' denen, die sich da engagiert haben. Die Diakonie hat das zu ihrem Jahres-Schwerpunkt-Thema gemacht, die Wohlfahrtsverbände haben viele Aktionen dazu gemacht. Die negative Seite ist, das meines Erachtens die Politik und besonders die Bundesregierung es eigentlich nicht genutzt hat. Die Idee des Jahres war, das Thema des freiwilligen Engagements stärker in den Mittelpunkt zu stellen, neue Zielgruppen anzusprechen, die Strukturen zu verbessern und zu unterstützen. Und mir hat das da bei der Bundesregierung besonders bei der zuständigen Ministerin, bei Frau Dr. Schröder, an Herzblut gefehlt. Es wäre eine große Chance gewesen, und wir haben auch nicht erlebt, dass die Bundesregierung mal versucht hat, all' das, was in verschiedenen Ressorts stattfindet, zu koordinieren. Aber die echte Chance zu sagen: 2011 geht mal ein Schwung durch Deutschland für mehr freiwilliges Engagement, für Anerkennung derjenigen Menschen, die sich engagieren, das haben wir von Seiten der Bundesregierung nicht erlebt, und das ist schade. Das ist eine vertane Chance.

SWR: Kerstin Griese, was sagen Sie als Mitglied des Deutschen Bundestags zu der These: Zivilgesellschaftlicher Einfluss macht politische Entscheidungen nachhaltiger? Dahinter steht die Erfahrung, dass Freiwillige sich mit Gleichgesinnten vernetzen. Das ist ja auch der Sinn des Freiwilligendienstes und der ehrenamtlichen Tätigkeiten und auf allen Ebenen dann der politischen Öffentlichkeit gestaltend eingreifen, auch aktiv mitwirken wollen. Das heißt aber auch, viele Bürgerinnen und Bürger geben sich nicht mehr damit zufrieden, alle vier oder alle fünf Jahre regelmäßig zur Wahl zu gehen und sich sonst politisch raus zu halten. Stuttgart 21 ist ja vielleicht im Moment das aktuelle Paradebeispiel dafür.

K.G.: Ich glaube, das Jahr 2011 hat gezeigt, dass Bürgerinnen und Bürger nicht alles mit sich machen lassen. Das ist ein gutes Zeichen. Das heißt, es engagieren sich immer mehr. Es hat einiges gezeigt, zum Beispiel, dass wir bei großen Bauvorhaben, bei Planungen von großen Vorhaben, Bürgerinnen und Bürger früher und besser beteiligen müssen, früher und besser informieren müssen. Da ist sicherlich Stuttgart 21 das, was dafür sehr symbolisch steht. Es hat aber auch gezeigt, dass wir eine große Debatte um stärkere Beteiligung haben, nicht nur Entscheidungen in Parteien. Der Europäische Bürgerentscheid wird kommen. Der Aufstieg der Piraten zeigt, dass immer mehr Menschen mitdiskutieren wollen. Dass es auch neue technische Möglichkeiten und Formen gibt. Ich glaube aber trotzdem, dass wir aufpassen müssen, dass dabei nicht Menschen abgehängt werden. Es gibt ganze Bereiche der Bevölkerung, die den Zugang dazu nicht haben. Und mir ist es gerade als Sozialdemokratin wichtig, dass Beteiligung eben nicht nur eine Beteiligungsmöglichkeit für die ist, die Zeit dafür haben, die das Geld haben und die die Bildung haben, sondern dass wir viel stärker auch Betroffene zu Beteiligten machen müssen.

SWR: Der Staat muss für richtige, angemessene Rahmenbedingungen sorgen. Aber das ist, glaube ich, auch eine Gradwanderung. Wenn der Staat auf der einen Seite sagt: Wir fördern ehrenamtliches, freiwilliges Engagement beispielsweise auch durch Zuschüsse, die auch mit bestimmten Auflagen verbunden sind. Und auf der anderen Seite Bürger, die sich freiwillig engagieren, vielleicht auch erst Themen politisieren, also in die politische Öffentlichkeit, ins politische Bewusstsein befördern, weil sie merken, da ist etwas, was sich verändern, was mitgestaltet werden muss. Wie kriegt man diese Balance hin und wie kann das Verhältnis zwischen staatlicher Förderung und Forderung und freiwilligem Engagement und auch Forderung und Förderung der Basis austariert werden?

K.G.: Ich glaube, der Staat braucht da mehr Gelassenheit und Souveränität, denn aus bürgerschaftlichem Engagement entsteht ja auch mit einer Kreativität oft Neues, entstehen auch neue Ideen. Und deshalb ist es mir so wichtig, dass diejenigen, die sich engagieren, als Partner auf Augenhöhe wahrgenommen werden und nicht als reine Zuwendungsempfänger, die zu erfüllen haben, was gerade in dieser Bundesregierung und diesem Haushaltsplan oder in dieser Landesregierung vorgesehen ist, sondern dass freiwillige Engagement ist eine Qualität für sich und daraus entsteht oft viel Gutes. Natürlich darf Politik Schwerpunkte setzen. Ich sage ein wichtiges Beispiel, was wir aus dem Jahr 2011 lernen müssen ist, dass wir unser Engagement gegen Rechtsextremismus verstärken müssen. Auch da ist es eine absolut unglückliche Entwicklung, dass die Bundesregierung erstmal alle Initiativen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, verdächtigt und ihnen abverlangt, sie müssen erst mal ihre demokratische Gesinnung fest unterschreiben. So etwas gab es vorher noch nie und so etwas gibt es auch bei keinen anderen Fördermitteln. Da muss der Staat die Initiativen, die sich gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit engagieren, mehr und besser unterstützen, anstatt sie zu bevormunden.

SWR: Was gehört zu den unabdingbaren Rahmenbedingungen, die der Staat setzen kann oder vielleicht auch setzen muss? Und was gehört dann zu dem freiwilligen Engagement der Bürgerinnen und Bürger in einem demokratischen Rechtsstaat?

K. G.: Man kann es vielleicht ganz gut an dem Beispiel, wo es sicherlich auch in den nächsten Jahren intensiver diskutiert wird, an der Pflege deutlich machen. Ich glaube, das was die Fachkräfte leisten in der Pflege älterer Menschen, behinderter Menschen, das muss durch hauptamtliche Kräfte erfüllt werden. Und der Zusatznutzen, die Zusatzqualität durch freiwilliges Engagement ist das, was an menschlicher Zuwendung, an Zeit, auch an Miteinander da ist. Aber es darf nicht Fachkräfte ersetzen, das wäre dann tatsächlich Lücken-Büßertum. Das heißt die Politik, die Sozialgesetze, die Krankenkassen, der Staat müssen die Infrastruktur stellen. Und das, was an freiwilligem Engagement passiert, ist dann das Zusätzliche.

SWR: Aber ist das nicht andererseits auch ein Beweis dafür, dass wir soziales Engagement auch immer mehr unter einer ökonomischen Brille sehen, gerade wenn Sie die Pflege ansprechen und sagen: Die staatlichen Leistungen werden zurückgefahren, die Pflege kann nicht mehr so finanziert werden, wie es eigentlich nötig wäre. Wir diskutieren, was können wir uns noch leisten? Und dann kommt die Oma mit dem Lesebuch ans Kinderkrankenbett.

K. G.: Die große Gefahr, die ich sehe, sind Fälle, die ich erlebe, dass zum Beispiel gerade in Mecklenburg-Vorpommern die Kassen die ambulanten Pflegeleistungen um 25 Prozent kürzen. Dann können sie Leute nicht mehr anständig bezahlen. Dann können sie auch nicht mehr anständig ambulante Pflege gewährleisten. Und das kann auch nicht durch ehrenamtliche Kräfte aufgefangen werden. Die Frage ist ja auch, wie viel uns unser Sozialstaat wert ist. Und freiwilliges Engagement trägt auch zum sozialen Frieden bei. Das ist auch ein Stück von sozialem Ausgleich. Das ist auch ein Stück von sozialem Frieden. Wir beginnen damit, den südeuropäischen Staaten Auflagen zu machen, die viele der sozial- und arbeitsrechtlichen Standards abbauen. Das ist eine echte Gefahr. Wir haben Staaten in Südeuropa, wo die Hälfte der jungen Generation arbeitslos ist. Da ist ein großer sozialer Sprengstoff. Und deshalb finde ich, dass wir bei aller Lösung, auch im Bereich der Finanzkrise immer auch das soziale Europa mit im Blick behalten müssen.